

# Zwischenbericht

Zusammenprall auf Eisenbahnkreuzung Z 6423 mit LKW zwischen Willendorf  
und Grünbach am Schneeberg am 7. Jänner 2025

GZ: 2026-0.004.388

## **Impressum**

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur,  
Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes, Radetzkystraße 2, 1030 Wien  
Wien, 2026. Stand: 7. Jänner 2026

### **Copyright und Haftung:**

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Das einzige Ziel der Sicherheitsuntersuchung ist die Verhütung künftiger Unfälle und Störungen, ohne eine Schuld oder Haftung festzustellen. Dieser Zwischenbericht basiert auf den zur Verfügung gestellten Informationen. Im Falle der Erweiterung der Informationsgrundlage behält sich die Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes das Recht zur Ergänzung oder Abänderung des gegenständlichen Zwischenberichtes vor.

Alle datenschutzrechtlichen Informationen finden Sie unter folgendem Link:

[bmimi.gv.at/impressum/daten.html](https://bmimi.gv.at/impressum/daten.html)

## **Vorwort**

Gemäß § 15 Abs. 3 UUG 2005 ist der endgültige Untersuchungsbericht so rasch wie möglich und nicht später als zwölf Monate nach dem Vorfall zu veröffentlichen. Kann der endgültige Untersuchungsbericht nicht innerhalb von zwölf Monaten veröffentlicht werden, so ist zu jedem Jahrestag des Vorfalls ein Zwischenbericht zu veröffentlichen.

Gemäß § 4 UUG 2005 haben Untersuchungen als ausschließliches Ziel die Feststellung der Ursache des Vorfalles, um gegebenenfalls Sicherheitsempfehlungen ausarbeiten zu können, die zur Vermeidung ähnlicher oder gleichartig gelagerter Vorfälle in der Zukunft beitragen können. Die rechtliche Würdigung der Umstände und Ursachen ist ausdrücklich nicht Gegenstand der Untersuchung. Es ist daher auch nicht der Zweck einer Sicherheitsuntersuchung ein Verschulden festzustellen oder Haftungsfragen zu klären (siehe Art. 20 Abs. 4 der RL (EU) 2016/798). Sowohl der Untersuchungsbericht als auch dieser Zwischenbericht haben dabei die Anonymität aller Beteiligten derart sicherzustellen, dass jedenfalls keine Namen der beteiligten Personen enthalten sind.

Sicherheitsempfehlungen werden grundsätzlich im Rahmen der Untersuchungsberichte herausgegeben. Gemäß § 16 Abs.3 UUG 2005 in Verbindung mit Art. 26 Abs. 2 RL (EU) 2016/798 werden Sicherheitsempfehlungen an die Sicherheitsbehörde und, sofern es die Art der Empfehlung erfordert, an andere Stellen oder Behörden, welche die Sicherheitsempfehlung in geeignete Maßnahmen zur Verhütung von Vorfällen umsetzen können, oder an andere Mitgliedstaaten gerichtet. Die Mitgliedstaaten und ihre Sicherheitsbehörden ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Sicherheitsempfehlungen der Untersuchungsstellen angemessen berücksichtigt und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Die Sicherheitsbehörde und andere Behörden oder Stellen sowie gegebenenfalls andere Mitgliedstaaten, an die die Empfehlungen gerichtet sind, unterrichten die Untersuchungsstelle mindestens jährlich über Maßnahmen, die als Reaktion auf die Empfehlung ergriffen wurden oder geplant sind (siehe Art. 26 Abs. 3 RL (EU) 2016/798).

Wurden im Zuge der Sicherheitsuntersuchung bereits Sicherheitsempfehlungen herausgegeben, so sind diese im Zwischenbericht abzubilden. Diese Sicherheitsempfehlungen sind jedenfalls in den vorläufigen und in den endgültigen Untersuchungsbericht aufzunehmen, auch wenn zwischenzeitlich durch eine getroffene Maßnahme die ausgesprochene Sicherheitsempfehlung bereits umgesetzt wurde. Die getroffene Maßnahme ist bei der jeweiligen Sicherheitsempfehlung anzuführen.

## **Inhalt**

<b>Vorwort .....</b>	<b>3</b>
<b>1 Allgemeine Angaben.....</b>	<b>5</b>
1.1 Hergang.....	5
1.2 Folgen.....	5
1.2.1 Weitere Angaben .....	5
<b>2 Untersuchung.....</b>	<b>6</b>
2.1 Durchgeführte Untersuchungsschritte .....	6
2.2 Geplante Untersuchungsschritte.....	6
2.3 Sicherheitsempfehlungen .....	6

# 1 Allgemeine Angaben

## 1.1 Hergang

Am Dienstag, den 07. Jänner 2025, um 11:05 UTC+1 (MEZ) fand ein Zusammenprall zwischen Z 6423 und dem von einem LKW mitgeführten Anhänger statt. Ereignisort war die EK bei Bahnkilometer 15,672 zwischen Bf. Willendorf und Bf. Grünbach am Schneeberg auf der Strecke 16301.

## 1.2 Folgen

- Ein:e leichtverletzte:r Bahnbenutzer:in
- Schaden am Tfz
- Schaden an der Infrastruktur
- Schaden am LKW und Anhänger

Der Unfall hätte unter leicht veränderten Bedingungen zu einem schweren Unfall führen können, weshalb gemäß § 9 Abs. 2 UUG 2005 entschieden wurde, eine Untersuchung im Sinne des Art. 20 Abs. 2 der Richtlinie (EU) 2016/798 einzuleiten.

### 1.2.1 Weitere Angaben

- ÖBB-Strecke 16301 Wiener Neustadt Hbf – Puchberg am Schneeberg
- EK km 15,672
- Witterung: bedeckt, 3,7 Grad Celsius, Windstärke 17 km/h, Windrichtung NW, Tageslicht, keine witterungsbedingten Einschränkungen der Sichtverhältnisse
- Zuständige Behörde: Landeshauptfrau von Niederösterreich sowie Bundesministerin/Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (nunmehr BM für Innovation, Mobilität und Infrastruktur)

# 2 Untersuchung

## 2.1 Durchgeführte Untersuchungsschritte

Der Gegenstand der Untersuchung umfasst:

- den zeitlichen und örtlichen Ablauf des Unfalls
- die betrieblichen Gegebenheiten der Betriebsstelle Bf. Willendorf
- die vorhandene Infrastruktur der Betriebsstelle Bf. Willendorf
- die betrieblichen Gegebenheiten der freien Strecke nahe der EK km 15,672
- die betrieblichen Gegebenheiten der EVU
- Regelungen zur Ausbildungsfahrt auf Z 6423
- das Schnittstellenmanagement der Unternehmen/Organisationen
- die organisatorischen Aufgaben, Zuständigkeiten, Rechenschaftspflichten und Befugnisse der einzelnen Funktionen
- die Informations- und Kommunikationsabläufe
- das Risikomanagement der Organisationen

## 2.2 Geplante Untersuchungsschritte

Der vorläufige Untersuchungsbericht wird den Beteiligten im Stellungnahmeverfahren gemäß § 14 UUG 2005 übermittelt, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich zu den für den Vorfall maßgeblichen Tatsachen und Schlussfolgerungen schriftlich zu äußern.

## 2.3 Sicherheitsempfehlungen

Es wurden keine Sicherheitsempfehlungen gem. § 16 Abs. 2 UUG 2005 herausgegeben.

**Sicherheitsuntersuchungsstelle des Bundes**

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

+43 1 711 62 65-0

[uus@bmimi.gv.at](mailto:uus@bmimi.gv.at)

[bmimi.gv.at/sub](https://bmimi.gv.at/sub)